

Evangelische Kirche der Pfalz

(Protestantische Landeskirche)



beraten und beschlossen

11. Landessynode 2009 - 2014

02. Tagung 11. bis 14. November 2009

in der Evangelischen Diakonissenanstalt Speyer-Mannheim, Hilgardstraße 26, 67346 Speyer

1. Plenarsitzung 11. November 2009

Finanz- und Personalplanung:

Landessynode beschäftigt sich mit Strategien und Zahlen

Die Verabschiedung des Haushaltsplans für das Jahr 2010 steht im Mittelpunkt der am heutigen Mittwoch, 11. November, eröffneten Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz. Über den Etat mit einem Gesamtvolumen von 155,2 Millionen Euro beraten die Synodalen am dritten Verhandlungstag, Freitag, 13. November. Die Tagung der Landessynode vom 11. bis 14. November in der Evangelischen Diakonissenanstalt in Speyer ist öffentlich.

Entgegen der sonst üblichen Doppelhaushalte wird der Landessynode diesmal ein Einjahreshaushalt vorgelegt. Es sei angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie möglicher Steueränderungen nicht möglich, die Einnahmen für das Jahr 2011 verlässlich einzuschätzen, erklärt die Finanzdezernentin der Landeskirche, Oberkirchenrätin Karin Kessel.

Bei dem Zahlenwerk handele es sich wieder um einen Sparhaushalt. Die Landeskirche rechnet im Haushaltsentwurf 2010 mit Kirchensteuereinnahmen von nur noch 91,6 Millionen Euro. Im Vergleich dazu waren es 104,6 Millionen Euro im Jahr 2008. Für dieses Jahr wird mit 94,8 Millionen kalkuliert. Die Landeskirche verlöre jährlich 5.000 bis 6.000 Kirchenmitglieder, so Kirchenpräsident Christian Schad. 3000 seien auf den demografischen Wandel, 2000 auf Ausritte zurückzuführen.

Am heutigen Mittwoch steht die Berufung weiterer Synodaler sowie der Bericht des Landeskirchenrates über die Arbeit 2007 und 2008 auf dem Programm. In das Schwerpunktthema der Synode „Strategien zur Finanz- und Personalplanung“ führen am Donnerstag, 12. November, Oberkirchenrätin Karin Kessel und der Dezernent für das theologische Personal, Oberkirchenrat Gottfried Müller, ein. Dabei geht es um künftige Rahmenbedingungen, die Einnahmesituation der Landeskirche und die Entwicklung des Personalbestandes. Die Evangelische Kirche der Pfalz will bis 2015 die Zahl ihrer Gemeindepfarrer von derzeit 340 auf 300 reduzieren und dazu ein neues Altersteilzeitmodell einführen. Ebenfalls am zweiten Verhandlungstag ist die Präsentation des Programms „Zukunft mit Konzept“ vorgesehen.

Ein Gesetz, in dem die Finanzierungsvorhaben der Kirchengemeinden und Kirchenbezirke geregelt werden sollen, beschäftigt die Landessynode am letzten Verhandlungstag, Samstag, 14. November. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass Baumittel nicht mehr von der Landeskirche, sondern von den einzelnen Kirchenbezirken verteilt werden. Diese Regelung wird bereits im Kirchenbezirk Homburg erprobt.

Arbeitskreis zieht Bilanz: Perspektiven aufzeigen und Impulse geben

Schon 1997 formulierte der landeskirchliche Perspektivausschuss: „Die Arbeit in den Kirchengemeinden muss zukünftig stärker von Zielsetzungen und Planungen bestimmt sein.“ Inzwischen sei die Zielorientierung kirchlicher Arbeit in vielen Bereichen zum selbstverständlichen Standard geworden, heißt es im Abschlussbericht des Arbeitskreises Perspektiven, in den Oberkirchenrat Gottfried Müller am ersten Verhandlungstag der Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz am Mittwoch einführte.

Der Arbeitskreis habe Bilanz gezogen, wie in den vergangenen zehn Jahren die Impulse des ersten Perspektivausschusses weiter verfolgt wurden und welche Anregungen noch offen sind. Darüber hinaus seien auch neue Impulse diskutiert worden. Im Folgenden dokumentieren wir die Einführungsrede von Oberkirchenrat Gottfried Müller:

„Sehr geehrtes Präsidium, hohe Synode, wenn Gott es will und wir noch leben, werden wir am Ende dieser Synodalperiode folgende Erfahrung machen: Die amtierende Synode soll und kann keine Beschlüsse fassen, welche die kommende Synode bindet. Es geht um das so genannte Diskontinuitätsprinzip. Dem steht allerdings eine Erfahrung gegenüber, die dem Diskontinuitätsprinzip widerspricht. Es gibt eine Kontinuität der Aufgaben und Probleme.

Aus diesem Grund hat sich - ausgelöst durch einen Antrag vor zwei Jahren - ein Arbeitskreis Perspektiven während des letzten Jahres der vergangenen Synodalperiode zu einer ganzen Reihe von Sitzungen getroffen.

Nach dem gerade Ausgeführten ist es kein Zufall, dass am Ende der letzten drei Synodalperioden ein solcher Bericht gestanden hat bzw. steht. Wiederum wurde am Ende einer Synodalperiode Bilanz gezogen. Welche Aufgaben, Vorhaben, Projekte, die sich mit der zukünftigen Entwicklung unserer Landeskirche befassen, wurden angepackt, welche konnten abgeschlossen werden und welche sind noch offen.

Die Einleitung des Berichtes, den Sie vielleicht schon lesen konnten, weist darauf hin, dass die Perspektivarbeit in unserer Kirche bereits eine 16-jährige Geschichte hat. Seit dem 175. Jubiläum der pfälzischen Kirchenunion im Jahr 1993 sind wir dabei, jenen Wegweisenden Satz aus der Unionsurkunde in die Gegenwart zu übersetzen, dass es zum innersten und heiligsten Wesen des Protestantismus gehört, immerfort auf der Bahn wohl geprüfter Wahrheit und echt religiöser Aufklärung, mit ungestörter Glaubensfreiheit, mutig voranzuschreiten.

Konkret hat der Arbeitskreis den ersten Abschlussbericht eines Perspektivausschusses aus dem Jahr 1996 zur Hand genommen und geprüft: Welche Impulse wurden aufgenommen, welche Anregungen sind noch offen, welche neuen Anregungen sollen hinzugefügt werden.

Wenn Sie den Bericht zur Hand nehmen, werden Sie feststellen: Er ist in drei Farben gehalten. Schwarz gedruckt sind die Zitate aus dem ersten Abschlussbericht. Blau sind die Zeilen, die berichten von dem, was bereits umgesetzt wurde. Grün, die Farbe der Zukunft und der Hoffnung, ist den noch ausstehenden Aufgaben gewidmet.

Der Abschlussbericht befasst sich in den ersten Abschnitten, dem Aufbau unserer Landeskirche entsprechend, mit den Bereichen Kirchengemeinde, Kirchenbezirk, Landeskirche. Hinzu kommen am Ende zwei Querschnittsaufgaben: Einmal Förderung, Qualifizierung und Begleitung der Ehrenamtlichen, dann Öffentlichkeitsarbeit.

Ich möchte Ihnen nun die Inhalte des Abschlussberichts vorstellen und werde mich dabei auf die grün gedruckten Zukunftsimpulse konzentrieren.

Schauen wir uns zunächst den Abschnitt Kirchengemeinde an. Der erste Vorschlag befasst sich mit dem weiteren Ausbau der Zielorientierung kirchlichen Handelns. Dazu soll der Charakter und die Funktion der Jahresberichte der Pfarrämter an die vorgesetzten Dienststellen so verändert werden, dass sie einen Prozess der Zieldebatte, Zielorientierung und Zielüberprüfung innerhalb der Kirchengemeinde fördern. Heute darf ich Ihnen mitteilen, dass der Landeskirchenrat diese Aufgabe bereits in Angriff genommen hat. Wir werden noch in diesem Jahr neue Richtlinien für die Jahresberichte beraten.

Der zweite Vorschlag betrifft die ehrenamtliche Geschäftsführung. Dieses Projekt, das unter den Projekten, die wir in der vergangenen Synodalperiode zur Erprobung ausgeschrieben hatten, keine Bewerbung gefunden hat, soll erneut ausgeschrieben werden.

Der im ersten Abschlussbericht aufgeführte Vorschlag der Verleihung von Gemeindepfarrstellen auf Zeit wird vom Arbeitskreis erneut aufgegriffen und soll einer Entscheidung zugeführt werden.

Der Arbeitskreis ist schließlich der Auffassung, dass die Zeit gekommen ist, über die Residenzpflicht im Pfarrhaus zu debattieren.

Auf der Schnittstelle zwischen Kirchengemeinde und Kirchenbezirk geht es um regionale Zusammenarbeit im Kirchenbezirk. Der Arbeitskreis erwartet eine verbindliche Regelung regionaler Kooperation: Die Zusammenarbeit über Gemeinde- und Pfarrstellengrenzen hinweg ist die Voraussetzung für die Weiterentwicklung und Profilierung der Gemeindegarbeit. Die Presbyterien und Bezirkssynoden sollen dabei beteiligt werden. Beim morgigen Schwerpunkttag wird sich eine Arbeitsgruppe mit diesem Thema befassen.

Die Erweiterung der Zuständigkeit der Kirchenbezirke wurde im Wesentlichen durch die Bezirkskirchenräte wahrgenommen. Der Arbeitskreis mahnt die Überprüfung der Rolle der Bezirkssynoden an und fordert in diesem Zusammenhang eine weitere Qualifizierung der ehrenamtlichen Gremienmitglieder.

Er nahm aber auch das Dekansamt in den Blick und vertritt die Auffassung, dass der Paragraph 64 der Kirchenverfassung (KV) überarbeitungsbedürftig ist und stellt die bis in die Gegenwart selbstverständliche Verbindung zwischen Dekansamt und Gemeindepfarramt in Frage.

Im Bereich der Landeskirche sind in den letzten zehn Jahren umfangreiche Veränderungen in vielen Bereichen vorgenommen worden. Die größte Veränderung taucht im Bericht des Arbeitskreises nicht auf, nämlich die Aufgabe der Fachhochschule in Ludwigshafen. Der Arbeitskreis fordert darüber hinaus, weitere Kooperationen im Bereich der gesamtkirchlichen

Dienste zu prüfen. Beim Trifelsgymnasium dürfen die Anstrengungen nicht nachlassen, das pädagogische und das evangelische Profil weiter zu entwickeln.

Im letzten Teil des Berichts hat sich der Arbeitskreis zweier Querschnittsaufgaben angenommen, die auf allen Ebenen der Landeskirche Bedeutung haben: Die Förderung, Qualifizierung und Begleitung Ehrenamtlicher. Hier fordert der Bericht auf, zwischen den Ehrenamtlichen zu differenzieren, die Mitglieder in Entscheidungsgremien sind, und denen, die als Multiplikatoren im Bildungsbereich tätig sind. Jede dieser Gruppen braucht spezifische Fortbildungsangebote.

Die andere Querschnittsaufgabe ist die Öffentlichkeitsarbeit. Dort sieht der Arbeitskreis die Notwendigkeit, die lokale und regionale Berichterstattung mit der landeskirchlichen zu vernetzen. Noch nicht eingelöst ist der Wunsch aus dem Abschlussbericht des ersten Perspektiv-ausschusses, dass kirchliche Öffentlichkeitsarbeit versuchen solle, bestimmte Themen in der öffentlichen Diskussion zu platzieren.

Als Zukunftsaufgabe sieht der Arbeitskreis, die Präsenz der Landeskirche im Internet zu stärken. Das Internet ist das Medium der jungen Generation.

Die vorige Synode hat den Abschlussbericht des Arbeitskreises Perspektiven zustimmend zur Kenntnis genommen und den Landeskirchenrat und die Kirchenregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Vorschläge und Anregungen in den zuständigen Organen und in der kommenden 11. Landessynode beraten und entschieden werden.

Wir sollten heute darüber entscheiden, ob wir diese Aufgabe durch die Verfassungsorgane Landeskirchenrat und Kirchenregierung in Angriff nehmen oder ob ein eigenes Gremium durch die Kirchenregierung berufen werden soll. Gegebenenfalls schlage ich vor, dieses Gremium „Arbeitskreis Zukunft“ zu nennen, wegen der Unübersichtlichkeit, den eine weitere Verwendung des Begriffs Perspektiven erzielen würde.“

2. Plenarsitzung 12. November 2009

Landeskirche wird kleiner „Kosten sparen und Handlungsfähigkeit erhalten“

Die pfälzische Landeskirche wird kleiner und will darauf mit einer entsprechenden Personalplanung reagieren. Bis zum Jahr 2015 wird mit einem Rückgang der Gemeindegliederzahl von zurzeit rund 590.000 auf etwa 550.000 gerechnet. Deshalb sollen die Gemeindepfarrstellen von 340 auf 300 reduziert und dazu ein neues Altersteilzeitmodell eingeführt werden. Das erklärt der für das theologische Personal zuständige Oberkirchenrat Gottfried Müller.

Müller und die Finanzdezernentin der Landeskirche, Oberkirchenrätin Karin Kessel, führten am Donnerstag in das Schwerpunktthema der Landessynode, „Strategien zur Finanz- und Personalplanung“ ein. Die neue Altersteilzeitregelung soll bis Ende 2010 gelten, so Müller. Pfarrer bis zum Jahrgang 1955 könnten für 70 Prozent ihrer Bezüge bis zu fünf Jahre aktive und fünf Jahre passive Altersteilzeit absolvieren. Unabhängig von anderen gesetzlichen Regelungen garantiere die Landeskirche den Pfarrern die Pensionsgrenze von 65 Jahren.

Mit der neuen Altersteilzeitregelung könne die Landeskirche 750.000 Euro im Jahr einsparen - insgesamt 3,5 Millionen Euro und 40 Pfarrhäuser. Nach Abschluss des Verfahrens werde das Verhältnis von einer Pfarrstelle zu Gemeindemitgliedern von zurzeit eins zu 1.720 auf eins zu 1.820 steigen. Trotz der Einsparungen vor allem im städtischen Bereich bleibe die Landeskirche mit einem engmaschigen parochialen Netz in der Fläche präsent, so Müller.

Finanzdezernentin Karin Kessel hält an einem strikten Sparkurs fest. Die Kirchensteuer, Haupteinnahmequelle der Landeskirche, werde in diesem Jahr voraussichtlich auf knapp 95 Millionen Euro und im nächsten Jahr auf 91,6 Millionen Euro zurückgehen. 2008 betrug das Kirchensteueraufkommen 104,6 Millionen. Um ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten, müsse sich die Landeskirche auf zukunftsfrüchtige Aufgabengebiete konzentrieren, so Kessel.

Die Hauptausgaben in den Kirchengemeinden würden für die Gebäudeunterhaltung und die Kindertagesstätten getätigt, so Kessel. In 429 Kirchengemeinden mit 350 Pfarrstellen seien 1.422 Gebäude zu unterhalten: 516 Kirchen, 343 Pfarrhäuser, 325 Gemeindehäuser, 213 Kindertagesstätten, 14 Wohngebäude, 9 Türme und 2 Kapellen. Laut Haushaltsplanentwurf sollen die kirchlichen Baumittel um 1,9 Millionen auf 4,5 Millionen Euro reduziert werden. Die Quotierung soll ab 2010 im Verhältnis 20 Prozent aus landeskirchlichen Baumitteln, 80 Prozent aus kirchengemeindlichen Baumitteln erfolgen, erklärte die Finanzdezernentin.

„Die Standards für eine Finanzplanung gelten auch für die Kirchengemeinden“, sagte Kessel. Dazu zählten Kostenstruktur - insbesondere der Gebäudekosten - eingrenzen, Liquidität und gesetzlich vorgeschriebene Rücklagen sicherstellen.

3. Plenarsitzung 13. November 2009

Landessynode verabschiedet Haushalt

„Mit Prozess des Sparens kreativ umgehen“

Die Landessynode hat am Freitag in Speyer einstimmig den Etat 2010 der Evangelischen Kirche der Pfalz beschlossen. Der Gesamthaushalt hat ein Volumen von 155,3 Millionen Euro.

Entgegen der sonst üblichen Doppelhaushalte wurde der Landessynode ein Einjahreshaushalt vorgelegt. Es sei angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie angesichts der möglichen Steueränderungen durch die neue Regierung nicht möglich, die Einnahmen für das Jahr 2011 verlässlich einzuschätzen, erklärte die Finanzdezernentin der Landeskirche, Oberkirchenrätin Karin Kessel.

Die Konsolidierung der Finanzen werde die Landessynode während der ganzen Legislaturperiode begleiten, sagte Kirchenpräsident Christian Schad. „Wir sind im Umbruch und müssen Kosten sparen.“ Mit dem Prozess des Sparens könne indes kreativ umgegangen werden. „Durch sinnvolle Zusammenarbeit werden Kräfte gebündelt“, sagte der Kirchenpräsident zum Stichwort Regionalisierung.

Karin Kessel rechnet auch für das übernächste Jahr nicht mit einem ausgeglichenen Haushalt. Für 2010 ist eine Entnahme aus den Rücklagen von insgesamt 7,7 Millionen Euro eingeplant.

An dem strikten Sparkurs müsse weiter festgehalten werden, so die Oberkirchenrätin in ihrer Haushaltsrede. Das Altersteilzeitmodell für Pfarrer und Kirchenbeamte soll pro Jahr 750.000 Euro einsparen. Außerdem sieht der Haushaltsentwurf das Reduzieren der kirchlichen Baupmittel um 1,9 Millionen Euro auf 4,5 Millionen Euro vor. Die Zuweisungen an die Sozialstationen werden halbiert auf rund 105.000 Euro.